

Vormwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Blutige Vorgänge in Dortmund.

Zwei Franzosen und fünf Deutsche erschossen.

Dortmund, 9. Juni. (TL.) Hier sind gestern Abend in der Wilhelmstraße zwei französische Offiziersaspiranten von unbekanntem und bisher nicht ermitteltem Töten aus nächster Nähe erschossen worden. Der eine war sofort tot, der andere starb nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus. Zwei Zivilisten, die den Vorfall auf der Kommandantur anzeigten, wurden von den Franzosen in Haft genommen. Jemand, welche Maßnahmen aus Anlaß der Erschießung sind französischerseits nicht getroffen worden.

Der erste, notwendige Schritt auf diesem Wege wäre es, im Kriegsministerium eingegangenen Mitteilung soll die Erschießung der beiden französischen Soldaten in Dortmund im Laufe einer Belgerei zwischen Franzosen und Deutschen erfolgt sein.

Paris, 11. Juni. (TL.) Der „Matin“ schreibt, die Meldung von einem neuen deutschen Verbrechen trifft im gleichen Augenblicke ein, wo unsere Ältesten die Rote des Reichskanzlers Cuno zu prüfen haben. Die gefährlichen Heberien der deutschen Regierung tragen ihre Früchte. Die französische Regierung wird gezwungen sein, ihre Energie zu verdoppeln und diesem gefährlichen Geisteszustand Rechnung zu tragen.

Das „Echo de Paris“ meint, das Verbrechen in Dortmund fordert eine exemplarische Strafe. Wenn diese Maßnahmen die Initiative des Oberkommandos übersteigen, so müssen sie von der Regierung befohlen werden.

Im „Gaulois“ heißt es: Der erste Schuldner ist der Reichskanzler Cuno, der in seiner Rede in Münster nicht nur die Fortsetzung des passiven Widerstandes fordert, sondern diejenigen noch verherrlicht, die den Mut haben, die französisch-belgische Besetzung zu bekämpfen. Er hätte Frankreich nicht deutlicher erklären können, daß Deutschland sich weigert, in Unterhandlungen zu treten, da die deutsche Regierung die ihr auferlegten Bedingungen ablehnt.

Die „Victoire“ schreibt: England und Italien treiben ein gefährliches Spiel, wenn sie sich weigern, sich Frankreich anzuschließen und den Reichskanzler Cuno zu zwingen, den passiven Widerstand einzustellen.

Der „Temps“ bezeichnet das Attentat als ein Echo der Reichskanzlerrede in Münster. In Unterhandlungen sei nicht zu denken, so lange noch französisches Blut an der Ruhr fließt.

Dortmund, 11. Juni. (WVB.) Im Laufe des gestrigen Abends und in der Nacht sind in Dortmund fünf Zivilpersonen erschossen worden. Ein Mann wurde durch mehrere Schüsse schwer verletzt. Die Truppen im Stadtkreis sind beträchtlich verkräftet. Das Stadthaus, in dem sich zurzeit das Polizeipräsidium befindet, kann nicht betreten werden. Ein Maschinengewehr und etwa hundert Soldaten halten das Stadthaus von jedem Verkehre fern. Am Südwall steht starke französische Kavallerie. Die Zahl der in der letzten Nacht Verhafteten ist außerordentlich hoch und soll hundert übersteigen.

Beginn der Repressalien.

Dortmund, 11. Juni. (WVB.) Die eingeleitete Untersuchung hat bislang zu keinem Ergebnis geführt. Die Staatsanwaltschaft in Dortmund hat eine vorläufige Belohnung von fünf Millionen für Angaben ausgesetzt, die dazu dienen, die Täter zu ermitteln. Der stellvertretende Polizeipräsident, Regierungsdirektor Martinus, ist aus Anlaß der Erschießung der beiden Zivilisten verhaftet worden, ebenso der stellvertretende Oberbürgermeister, Stadtrat Flußme, Polizeinspektor Kleinow, der krank im Bette liegt, wird zurzeit von französischen Gendarmen bewacht.

Es ist begreiflich, daß die Erschießung der beiden Unteroffiziere in Dortmund eine ähnliche Aufregung hervorruft wie bei uns die Blutstaten, die von französischen Soldaten an Deutschen begangen worden sind. Es ist ferner begreiflich, daß sich die französische Regierung verpflichtet fühlt, das Leben der Soldaten, die in ihrem Auftrag handeln, nach Möglichkeit zu schützen. Gewalttätigkeiten gegen das französische Militär haben aber mit dem passiven Widerstand nichts zu tun, sie sind das gerade Gegenteil von ihm, und es ist daher im höchsten Grade unlogisch, aus diesem Anlaß die Aufgabe des passiven Widerstandes zu verlangen. Ohne den passiven Widerstand, der der Verdüsterung eine unblutige, aber wirksame Waffe in die Hand gibt, wären die Ereignisse im Ruhrgebiet wahrscheinlich noch viel blutiger verlaufen, als es tatsächlich der Fall war.

Gerade dieser Zwischenfall zeigt, daß man in Frankreich und in Deutschland offenbar zwei ganz verschiedene Dinge meint, wenn man vom passiven Widerstand spricht. Eine Verständigung darüber, daß bis zum Abschluß des Konflikts auf beiden Seiten Gewalttaten gegen Menschen und gewaltsame Schädigungen an Sachgütern nach Kräften verhindert werden sollen, scheint uns nicht außerhalb des Bereichs der Möglichkeit zu liegen. Allerdings kann die deutsche Regierung ebensowenig Ausschreitungen einzelner Deutscher unbedingt verhindern, wie die französische Regierung solche Ausschreitungen ihres Militärs verhindert hat. Guter Wille auf beiden Seiten könnte trotzdem manches tun, um eine verhältnismäßige Beruhigung eintreten zu lassen.

Der erste notwendige Schritt auf diesem Wege wäre es, wenn die französische Regierung den Realitäten Einhalt gebieten wollte, die aus Anlaß des Vorfalls von Dortmund an Bürgern dieser Stadt, wie es scheint, an Unschuldigen, verübt werden.

Londoner Verhandlungen.

Um Widerstand und Alliertentkonferenz.

Das britische Kabinett ist heute, Montag vormittag, zur Beratung des deutschen Memorandums zusammengetreten. Der von Baldwin gewünschte Eintritt des Kenners der Reparationsprobleme Mac Kenna als Schatzkanzler in die Regierung hängt davon ab, ob es gelingt, ihm einen Sitz im Unterhaus zu beschaffen. Man hofft, daß dies bald möglich sein wird. Der Reparationsplan Mac Kennas soll darin bestehen, daß die Wiederherstellungskosten für die zerstörten Gebiete, die Frankreich bisher allein getragen habe, von Deutschland nach und nach übernommen werden. Man nimmt an, daß diese Zahlungen mit Hilfe einer Deutschland zu gewährenden Anleihe in 15 bis 20 Jahren zu Ende geführt werden können. Vielleicht wird Baldwin schon heute Montag im Unterhaus Erklärungen abgeben. Man glaubt, daß die englische Regierung versuchen wird, Frankreich und Italien zu einem Verzicht auf die ersten ihnen zustehenden deutschen Zahlungen als Gegenwert für ihre Kriegsschulden an England, die in diesem Falle ausgeglichen würden, zu bewegen. Lord Curzon hat für heute Montag nachmittag die Botschafter Frankreichs, Italiens und Belgiens zu sich eingeladen. Er soll beabsichtigen, Frankreich die moralische Unterstützung Englands vorzuschlagen, um den passiven Widerstand an der Ruhr zum Aufhören zu bringen, ohne daß aber England deshalb offiziell die Besetzung der Ruhr gutheißen würde. Diese Unterstützung würde aber nur unter der Bedingung gewährt, daß Frankreich einer Konferenz zustimmen würde, die zuerst unter den Alliierten das Reparationsproblem auf der Grundlage des Planes von Mac Kenna prüfen würde. Nachher würde auch Deutschland zu dieser Konferenz eingeladen werden. Nach einer Meldung des „Reit Parisien“ will dagegen die englische Regierung Frankreich und Deutschland eine Art Waffenstillstand vorschlagen. Deutschland würde erlaubt werden, während der Verhandlungen alle Verordnungen zu widerrufen, die den passiven Widerstand befahlen. Gleichzeitig würde aber auch Frankreich eingeladen werden, seinen Druck an der Ruhr während der gleichen Zeit aufzuheben.

Denkschrift Poincarés für London.

Paris, 11. Juni. (TL.) Nach den Morgenblättern hat Poincaré eine Denkschrift nach London geschickt. Im ersten Abschnitt drückt er den Wunsch aus, daß die englische Regierung dem Pariser Kabinett und der belgischen Regierung in der Forderung an die deutsche Regierung, daß sie den passiven Widerstand einstelle, beitrete. Im zweiten Abschnitt erklärt er, daß wenn Deutschland den Verbündeten in dieser Hinsicht Genugtuung gegeben hat, die französische Regierung bereit sei, im Einverständnis mit den Alliierten die Lösung der Reparationsfrage in Erwägung zu ziehen, vorausgesetzt, daß sie von dem französischen Memorandum vom 2. Januar ausgehe. Unter diesen Bedingungen willigt die französische Regierung ein, daß an Deutschland eine gemeinsame Antwort erlassen wird, in der das Reich lediglich zur Einstellung des passiven Widerstandes aufgefordert würde. Es sei, so schreiben die Morgenblätter, möglich, daß auch eine genauere Mitteilung über das Reparationsproblem vom französischen Standpunkt aus erfolge.

Die Vamisierung der Universität Gent. Der belgische Senat hat mit 75 gegen 65 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen die von der Kammer bereits angenommene Vorlage über die Vamisierung und gleichzeitige Aufhebung der französischen Universität von Gent ratifiziert.

Devisen still — Aktien gesucht.

Die Hoffnungen, die man auf die heutige englische Kabinettsitzung und auf die größere politische Aktivität Englands in der Zukunft setzt, riefen bei Wochenbeginn weitgehende Zurückhaltung im Devisenverkehr hervor. Der Dollar ging vormittags auf 78 500 zurück und schwante an der Börse zwischen 80 500 und 85 000. Amtlich notierte Kabel New York 82 600.

Am Wertpapiermarkt lagen große Kaufordere vor, die noch unter dem Eindruck der Dollarhaufe am Wochenanfang gegeben waren. Die Börse selbst neigte im Hinblick auf die zu erwartende Klärung der außenpolitischen Lage eher zu Gewinnrealisationen. Schließlich bekam aber auch hier wieder eine feste Tendenz die Oberhand. Mit besonderem Interesse verfolgte man die Käufe ausländischer Interessengruppen am oberschlesischen Rohstoffmarkt, vor allem diejenigen auf tschechische Rechnung in Kattowitz. Die Transaktion der Rhönig A.G. für Bergbau rückt dieses Papier nunmehr in die Reihe der mit Auslandskapital überbrachten Unternehmen, die bekanntlich die Börse besonders hoch einschätzt. Man rechnet übrigens trotz der sehr unbestimmt gehaltenen Berichterstattung noch mit einem wertvollen Bezugsrecht für die Aktionäre. Die neueste Transaktion im Konzern der Deutschen Erdöl A.G. lenkt das Interesse in hohem Maße wieder auf Petroleumwerte. In den Aktien der Deutschen Petroleum A.G. beobachtet man Käufe zweier Großbanken, offenbar für Rechnung industrieller Gruppen. Im weiteren Verlaufe wurde die Börse auf der ganzen Linie sehr fest.

Von Schweyer zu Fuchs.

Der bayerische Hochverratsprozeß.

Der bayerische Innenminister Dr. Schweyer hat in der ihm so schön kleidenden moralischen Entrüstung die Behauptung zurückgewiesen, die bayerische Regierung habe von der Fuchs-Machhauschen Verschwörung etwas gewußt. Nun, diese Behauptung wäre gar nicht ohne die bewußte Duldung und Förderung der bewaffneten Geheimverbände durch die bayerische Regierung möglich gewesen. Auf das jederzeit mögliche Eingreifen der bewaffneten Truppe des „vaterländischen“ Blücherbundes suchten ja die Fuchs und Machhaus ihren hoch- und landesverräterischen Anschlag gegen die Befassung des Reichs und Bayerns zu begründen. Selbst die Anklageschrift, die in ganz auffälliger Form die hochverräterischen Mitglieder des Blücherbundes, die Berger, Rudolf und Richard Gutermann, zu schonen sucht, muß zugeben, daß diese Verschwörer in den Glauben versetzt waren, es handle sich bei der Fuchs-Machhauschen Revolte um eine „zu führende Aktion, die das parlamentarische System in Bayern und im Reich beseitigen und durch eine Diktatur ersetzen wollte.“ Die Berger und Genossen waren also bereit, eine hochverräterische Aktion jederzeit mit der Waffe zu unterstützen.

Die Spitzen der Münchener Polizei, so namentlich der Oberamtmann Frid, waren auf das engste mit dem „vaterländischen“ Blücherbund verbunden. Der Blücherbund war ja auch nur die Fortsetzung des von der Münchener Polizei systematisch geförderten Bundes Oberland, der später „Treu-Oberland“ und dann am 3. Februar 1923 „Blücherbund“ getauft wurde. Die „vaterländische“ Organisation stand nach einer Äußerung des Angeklagten Fuchs immer auf dem Spring „Loszuschlagen“. Der Oberamtmann Frid hat am 27. Februar den Angeklagten Fuchs die Weisung gegeben, er solle sich mit Dr. Ruge, dem Führer des Blücherbundes, in Verbindung setzen, es handle sich jetzt darum, einen Stab zu bilden und die Organisationen unter diesem Stabe zusammenzufassen. Herr Frid ist also völlig durch diese Äußerung des Angeklagten Fuchs bloßgestellt worden. Bis zur Stunde ist aber noch nicht ein Disziplinarverfahren angestrengt worden! Die verantwortlichen Leiter der Münchener Polizei — oben an Herr Frid — haben also die Hand zur Küftung einer vollständig operierenden Armee geboten, die für den gewaltsamen Staatssturz Hochverrätern wie Machhaus und Fuchs zur Verfügung stand. Ohne die Existenz einer solchen Armee hätte der Staatssturz dieser Herren überhaupt keinen Grund und Boden unter den Füßen gehabt. Auf die Entwicklung dieser Geheimarmee — von ihr spricht immer Fuchs in öffentlicher Sitzung — übte nach den Äußerungen des Angeklagten Fuchs der General Mühl einen sehr wesentlichen Einfluß aus. Der Reichswehrminister Geiler wird nun wohl oder übel die Rolle nachprüfen müssen, die der bereits durch den Rapp-Putsch schwer kompromittierte General Mühl in der militärischen Aufrüstung der Geheimbünde Bayerns gehabt hat.

Die französischen Gelder des Generalstabsoffiziers Richert sind an Mitglieder des von der Polizei geduldeten und geförderten Blücherbundes weitergegeben worden. So erhielt der zum „Loszuschlagen“ stets bereite Berger in drei Posten zweimal je eine halbe Million und einmal drei Millionen. Mit französischen Geldern wollte Fuchs die Umsturzarmee in Bewegung setzen. Sie sollte sich mit der französischen Ruhrarmee förmlich verbinden. In der Anklageschrift gegen Fuchs und Genossen heißt es: „In übrigen sollte, wie schon erwähnt, nach den Plänen von Fuchs und Machhaus die französische Ruhrarmee ihre Aktion wirksam unterstützen, was Richert auch zugesagt hatte, insbesondere soweit es galt, ein Einschreiten reichstreuere Truppen vom Norden her aufzuhalten.“

Daß sich berartige Verhältnisse überhaupt entwickeln konnten, das verschuldet die reaktionäre Innenpolitik der bayerischen Regierung.

Eine Wendung im Fuchsprozeß.

Rupprecht von Wittelsbach und der Hochverrat.

München, 11. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Bei Beginn der heutigen Verhandlung bot der Staatsanwalt Beweis dafür an, daß der Angeklagte Fuchs erst dann die Unwahrheit sage, wenn es ihm Vorteil bringen kann. Als eine solche Tatsache sei anzuführen, daß Fuchs behauptete, nach dem Tode des Königs Ludwig III. von dem Kronprinzen Rupprecht beauftragt worden zu sein, die Entsendung eines französischen Abgesandten zu einer politischen Aussprache mit Rupprecht zu erwirken. Als Zeuge dafür wird vom Staatsanwalt der Baron Soden genannt, der erst vor wenigen Monaten aus dem Staatsdienste ausgeschieden und in den Privatdienst Rupprechts eingetreten ist.

Auf dieses Angebot des Staatsanwaltes hin machte der Verteidiger des Fuchs, Graf Pestalozza, folgende hochwichtige politische Ausführungen: „Das Beweisangebot des Staatsanwaltes ist von größter politischer Tragweite. Die Verteidigung hat sich bisher eine absolute Zurückhaltung auferlegt. Bei dem Verlangen des Staatsanwaltes muß ich mir, der ich in Bayern Liebe und Achtung und Ehrfurcht vor dem Hause Wittelsbach habe, überlegen, ob ich nicht angesichts der Pflicht der Verteidigung das mir ferne Gefühl zurückstellen und beantragen muß, daß nun auch Kronprinz Rupprecht als Zeuge geladen wird. Wird Soden vernommen, dann beantrage ich, die Verhandlung auf drei Tage auszusetzen, damit ich die Verteidigung in ganz andere

Bahnen senke. Ich bin dann auch genötigt, hochbedeutungsvolle politische Beweisangebote zu machen."

Nach kurzer Beratung veränderte das Gericht den Beschluß, die Anträge des Staatsanwalts und des Verteidigers auszusetzen bis nach der Vernehmung sämtlicher bisher geladener Zeugen.

Eunos Rettung.

Ein kommunistischer Agitationstrieb.

Die Kommunisten hatten sich am Sonnabend im Reichstag den Spatz geliefert, von den Sozialdemokraten Unterstützung für einen Mißtrauensantrag zu verlangen, den sie gegen die Regierung stellen wollten. Da dies von den Sozialdemokraten selbstverständlich abgelehnt wurde, macht sich die „rote Fahne“ jetzt das Vergnügen zu behaupten, die Sozialdemokraten hätten „Eunos gerettet“.

Ein Mißtrauensantrag wäre von der bürgerlichen Mehrheit glatt abgelehnt worden, zu einem Sturz der Regierung wäre es gar nicht gekommen, so daß die Frage, ob in diesem Augenblick eine Regierungskrise für die Arbeiterschaft ein Gewinn wäre, gar nicht erörtert werden braucht. Wie sich die Sozialdemokratie zu den Erklärungen der Regierung stellt, hatte Genosse Robert Schmidt unmittelbar zuvor in unmißverständlicher Weise ausgesprochen. Hielt die Fraktion die Stellung eines Mißtrauensantrags für tatsächlich richtig, so konnte sie ihn selber stellen, die kommunistische Anregung brauchte sie dazu nicht. Mit Recht wurde daher dem kommunistischen Redner, der diesen Vorgang zur Sprache brachte, zugerufen: „Wir machen unsere Politik selbst“.

Dabei wird es auch bleiben. Die sozialdemokratischen Abgeordneten sind nicht dazu in den Reichstag geschickt, daß sie sich von den Kommunisten ins Schlepptau nehmen lassen.

In seiner Rede vor den Pressevertretern in Münster fuhr Reichstanzler Dr. Euno fort:

In den Garantien ist bis an die Grenze des Möglichen gegangen in der tiefen Zuversicht, daß, wenn nur erst einmal der Plan der Reparationspflicht in einer mit der Leistungskraft Deutschlands einigermaßen zu vereinbarenden Weise festgelegt ist, dann das deutsche Volk, einerteil, ob Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, ob Nichtbesitzer oder Besitzer, bereit sein wird, aus Besiß, Arbeit und Einkommen die größten Opfer für die volle Freiheit und die Wohlfahrt der künftigen Generationen seiner Kinder zu bringen und alles zu tun damit der einzelne von der Sonderbelastung seines Besitzes, das ganze Volk von der Belastung seiner Zukunft frei wird. Dafür wird der Staat das deutsche Volk nicht abhängig sein lassen von dem guten Willen dieser oder jener, sondern er wird auch die ganze Kraft und Verantwortung der Staatsgewalt dafür geltend machen, daß die deutsche Wirtschaft Garantien auch geben muß. Dieser Gedanke ist vom Staate in die Wirtschaft getragen worden. Wie sie aufzubringen, wie weit sie auszubehnen und wie die Lasten letzten Endes nach den Grundgesetzen der Gerechtigkeit zu verteilen sind, wird der Staat bestimmen.

Aber das ist nicht ohne Belang, daß er sich bei seinem Angebot auf die aus eigener Ueberzeugung geschöpfte Bereitwilligkeit der deutschen Wirtschaft stützen konnte. Denn es entkräftet die Bemerkungen auch derjenigen im Ausland, die sich bisher nicht genug tun konnten, den deutschen Staat als zu schwach hinzustellen, als daß er die deutsche Wirtschaft bindende Leistungsversprechen abgeben könnte, und die dabei doch nicht müde wurden, diesen deutschen Staat durch immer neue Bedrückung politisch zu schwächen.

Das eindeutige Anerkennung der Reparationspflichtung in unserem Memorandum wird bestätigt durch die Leistungen, die Deutschland bisher bewirkt hat und bis auf diesen Tag bewirkt. Die von uns aufgestellten Ziffern sind bekannt, die Leistungen aus vorhandenen Beständen, aus laufender Produktion und die Bargzahlungen beliefen sich bis Ende 1922 auf rund 42% Milliarden Goldmark. Die Hinzuverrechnung weiterer Leistungen aus dem Ausgelschwehverfahren, für Beschleunigung und Kommissionen, für Restitutions und Substitution und anderes erhöht die Summe auf 54 Milliarden Goldmark. Bestreiten die Vertragsgegner Grund und Höhe dieser Zahlen, so halten wir auch für diese Frage die Prüfung durch internationale Sachverständige für zweckmäßig. Tag um Tag läuft jetzt nach der Strom dieser Leistungen, der in den ersten fünf Monaten dieses Jahres Schließungen im Wert von 100 Millionen Goldmark und zwischen 50 und 60 Millionen anderer Leistungen umfasst. Erinnert man sich, daß der vielfachen Bemühungen, auch

zu Arbeitsleistungen für den Wiederaufbau zerstörter Gebiete zu kommen, so wird niemand, der ehrlich und willens ist,

den Beweis des deutschen Leistungswillens verkennen können.

Dies unser neuer Schritt. Nun mag die Welt sagen, ob sie Frieden und Wiederaufbau will oder Unfrieden und Zerstörung!

Was wir zu tun haben, ist klar und einfach. Es ist vor allem, daß befestigtes und nichtbefestigtes Gebiet fest und einig bleiben und ein jeder einzelne sein Tun und Lassen so einstellt, als trage er die Verantwortung für das ganze Vaterland. Ich weiß, was ich damit verlange, und ich weiß, was Rhein und Ruhr täglich und stündlich ertragen: Mehr als 50 Deutsche — wir denken an die Kruppischen Arbeiter, denken an einen jungen Deutschen, der vor wenigen Tagen bewußt in den Tod gegangen ist — haben unmittelbar von der Hand der bewaffneten Besatzungsmacht das Leben verloren. Viele Hunderte sitzen im Gefängnis auf Grund von Sprüchen, die nur äußerlich das Gewand richtiger Urteile tragen und die in den Fehlsprüchen von Mainz gegen die Gewerkschafter und die Beamten, von Werden gegen Krupp und seine Mitarbeiter ihren Höhepunkt fanden. Ueber öffentliche Beamte und Angestellte allein sind Freiheitsstrafen von 450 Jahren verhängt worden.

50 000 Deutsche, Beamte, Angestellte, Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Private aller Berufe, Männer, Frauen, Kinder in den ersten Tagen des Lebens, Greise und Greisinnen über 80 Jahre haben seit dem 11. Januar Haus und Heimat verlassen müssen; die natürlichen Beziehungen der Familie, des Berufes, der Wirtschaft sind zerrissen worden, Bedrückungen und Absperrungen ungeheuerlicher Art lassen auf einer Bevölkerung von zwölf Millionen Menschen, die ungeboren dastehen, so schwer ihr es auch wird, Ruhe und Besonnenheit zu wahren. Das, meine Damen und Herren, geschieht nicht irgendwo in Armenien oder sonst einer Gegend, auf die das kultivierte Europa herabsieht und denen es Hilfe zu bringen sich verpflichtet fühlt, sondern am Rhein, im Herzen Europas, an dem Strom, der seit den Tagen der Römer die größte Süd-Nordader der mitteleuropäischen Kultur ist.

Menschen von unserem Fleisch und Blut sind es, die das leiden um der Freiheit und ihrer Heimat willen, aber auch um unser und ganz Deutschlands willen in einem Weiden, das nicht nur Duldung ist, sondern zugleich Kampf und Abwehr für Recht gegen Unrecht und Gewalt. Ein heißer Strom des Willens geht von ihnen zu uns, von uns zu ihnen. Sie alle, unsere Brüder und Schwestern im besetzten Gebiet sollen wissen, daß wir, Volk und Regierung, uns ihnen in tiefster Seele dank schuldig fühlen und daß wir alles tun wollen, um ihr Los zu lindern, so unvollkommen auch das und dort diese Hilfe sein mag, da die fremde Macht uns oft verhindert, sie zu erreichen, und persönliche Fühlungen, zu denen die nächsten Tage Gelegenheit geben werden, sollen mir hierfür erneut Stärkung und Begewegung sein. Wenn außerdem jeder im unbesetzten Gebiet zum deutschen Volksoffer spendet, was er vermag, so ist das, wie ich mit warmem Dank für das bisher geleistete sagen möchte, selbstverständliche Pflicht, in der wir nicht ermüden dürfen. Sie sollen wissen, daß nichts geschehen wird, was sie in ihrem Aussehen hemmen könnte, in einer Abwehr für gutes Recht, die aus der Tiefe der Volksseele emporwachsend, durch neu erlittenes Unrecht immer neu entfacht, in immer neuer Flamme emporloht, einer Flamme, die, von keiner Regierung entzündet, von keiner Obrigkeit einfach auszulöschen ist.

Wie wären der Heimat und der Freiheit nicht wert, wenn wir sie preisgäben und nicht alles daransetzten, ihnen ihre Heimat und Freiheit wiederzugeben, die sie in christlichem Kampfe für Ihre und unsere Heimat und Freiheit verloren haben.

Wir wollen Frieden und sind unserem westlichen Nachbar gegenüber zu jeder wie immer gearteten Friedenssicherung auf dem Boden der Gegenseitigkeit bereit. Wir leisten jeden Preis der Reparation bis zu den Grenzen des Möglichen, um unser Verpflichtung und um der Freiheit des Ruhr- und Rheinlandes willen. Aber das erkläre ich öffentlich und feierlich: es gibt keinen Preis, für den uns die deutschen Lande an Rhein und Ruhr, an Mosel und Saar selb wären, keinen Preis, um den wir die Rechte des Reichs, Preussens und der anderen Staaten an diesen deutschen Landen mindern hegen. In dieser Erklärung weiß ich mich ins mit allen politischen Parteien und allen Schichten des deutschen Volkes, eins mit der preussischen Regierung und Volksvertretung — und erst gestern hat der preussische Ministerpräsident feierlich dasselbe erklärt — eins mit allen anderen Ländern des Reichs. Denen aber, die da im Namen der Selbstbestimmung der Völker und Stämme dem Rheinland eine sonderstaatliche Selbständigkeit geben möchten, sei entgegengehalten: Deutschland weiß, was es mit dem Libertes Germaniques, der

„deutschen Libertät“ Ludwig XVI. und seiner Nachfahren auf sich hat. In diesem Gedanken einer nie zu lösenden Einigkeit zwischen Reich und Rhein, zwischen Rhein und Reich wissen wir uns auch im Einklang mit den ursprünglichen Begriffen von Recht und Sittlichkeit im Leben der Völker. Wäre es nicht eine Verhöhnung des Rechtsbegriffs, eine unbilligbare Beschmutzung für alle Völker, die eigenes Freiheitsgehnen in ehrenvoller Erinnerung halten, heute es aber zuzulassen, daß über 12 Millionen Menschen verpflegt wird wie über eine tote Ware?

Aus dieser großen tiefen Einigkeit des deutschen Volkes schöpfe ich auch das Recht zur Rührung, wachsam und besonnen zu bleiben. Die Vermorrenheit unserer Wirtschaftslage hat wertvolle Schichten unseres Volkes zum Sinken gebracht und weißhin schwere Not verbreitet.

Manche häßliche Erscheinungen von Wohlleben und Ausschreitungen erregen die Notleidenden nicht allein gegen diejenigen, die solche Erscheinungen zur Schau tragen, sondern auch gegen den Staat, dem man Mangel an Willen und Kraft zum Vorwurf macht. Glauben Sie, daß niemand dies schwerer drückt als die Verantwortlichen der Regierung, denen der Staat ein sittlicher Begriff und Wirtschaft eine sittlichen Gesetzen unterworfenen Betätigung ist. Wenn die Regierung nicht stärker, als es gefah, trotz allen Bemühungen solche Mißstände ausräumen konnte, so mögen Sie dabei die Zusammenhänge nicht verkennen, die bei diesen Verwirrungen zu den tieferen Gründen unserer gegenwärtigen Lage führen: Die Verengung unseres Wirtschaftsgebietes, die Abschneidung überseeischer Kraftquellen und internationaler Gleichberechtigung, die politische Unsicherheit und Bedrohlichkeit unserer Lage, die damit verknüpfte Verringerung unseres Kredites, die Lahmlegung ganzer großer Wirtschaftszweige und Wirtschaftsbereiche, die Aushebung jeglicher abgeschlossenen autonomen Wirtschaftshoheit an der Westmark unseres Reiches. — Ich sage das nicht, um Sünden im Anlande zu entschuldigen; im Gegenteil: doppelt schwer ist die Schuld derjenigen, die aus dieser Lage ungerechte Vorteile ziehen; aber ich sage es, um dem entgegenzuwirken, daß sich ganze große Schichten unseres Volkes gegenseitig nicht mehr verstehen und gegenseitig schweren Verschuldens bezichtigen. Ich sage es zugleich

als Appell.

daß der so in den großen Zusammenhängen gegründeten Notlage weiter arbeitender Schichten durch eine kluge und sozialverständliche Bemessung des Arbeitsentgeltes Rechnung getragen wird. Ich sage es ferner als Begründung dafür, daß es nichts Leichteres, nichts Volksfeindlicheres geben kann, als wenn die Menschen in unseren Tagen, sei es aus ehrlich empfundenen Pein, sei es aus Mißbrauch ihrer Notlage, sich zu Unruhen und Störungen der öffentlichen Ordnung hinreißen lassen, die unsere Notlage vergrößern könnten und den Volks- und Schicksalsgenossen am Rhein und an der Saar in schämmem Verrat, wenn nicht der Bestimmung, so doch der Wirkung nach in den Rücken fielen.

Ein großer Publizist und Zeitungsmann vom Rhein, Joseph Görres, ist einst den Weg vom Weltbürger zum nationalen Deutschen gegangen. Der Hang zum Weltbürgertum und zur Humanität liegt uns Deutschen tief im Blute, und gerade unsere Presse hat im ganzen ihr Leit dazu getan, allgemeine Menschheitsgedanken zu pflegen. Heute ist in unserem Volke die Erkenntnis tief verbreitet, daß es zunächst heißt, ein guter Deutscher sein, und daß der Deutsche mit der Betonung wahren deutschen Weisens auch der Menschheit am besten dient. Wann voller Einklang und tiefste Verfeinerung der Ideen von Nation und Menschheit erreicht wird, steht nur zum kleineren Teile bei uns Deutschen. Aber das ist sicher, nicht allein um Deutschlands, sondern um der größten sittlichen Begriffe der Menschheit willen, um des Rechtes und der Freiheit willen ist es heute aller Deutschen Pflicht, für Rhein und Ruhr, für Saar und Mosel fest zu bleiben und Treue zu wahren, und allererste Pflicht, gute Deutsche zu sein! Darum bitte ich Sie, den Reichsverband der deutschen Presse, daß wir alle zusammenwirken: Alles für Deutschland! (Lebhafter Beifall.)

Witos' erste Regierungshandlung.

Warschau, 11. Jan. (Esa.) In seiner gestrigen Sitzung bejohlt der Ministerrat, Stanislaw Haller auf den Posten des Generalkassabchefs zu berufen, den er schon in den Jahren 1919 und 1920 bekleidete.

Haller war nach der Ermordung des Staatspräsidenten Karutowicz unter der Beschuldigung falschlicher Umtriebe in den Ruhestand versetzt worden. Wahrscheinlich hat ihn damals nur der Nimbus des „Befreiers Oberschlesiens“ vor der Verhaftung und Anklage gerettet. Durch Hallers Ernennung sind sowohl Pilsudski wie Sikorski mattgesetzt.

Die Flugzeuge liegen jetzt längs der „Hinf“, und es werden die nötigen Vorbereitungen zum Fluge gegen Norden getroffen. Der Dampfer wird die Flugzeuge nötigenfalls nach Kingsbay bringen und von dort nach der Däneninsel, wo eine Basis eingerichtet werden soll.

Das rote Kahrenheer. Die Sowjetregierung, die alle Kräfte des Landes zur Wiederherstellung der schwer erschütterten Ordnung mobil zu machen sucht, hat nun auch die Hilfe der Kahrenweil angerufen. Das Handelskommissariat hat einen Aufruf erlassen, dem zufolge es 10000 Kahren kaufen will. Dieses Kahrenheer soll ausgehandelt werden, um die Ueberfülle der Feldmäuse im Donbecken siegreich zu bekämpfen. Das Bureau wurde von Leuten gestürmt, die ihre Kahren zum Verkauf anbieten, und die Zahl der Käuferfänger, die zur Verfügung gestellt wurde, übertraf weit die angegebene.

Klage der Sioux-Indianer gegen die amerikanische Regierung. Nicht weniger als 700 Mill. Dollar an Entschädigungen für die ihnen von der Union geraubten Gebiete verlangen die rund 25 000 Ueberlebenden des Sioux Stammes. Seit dem Jahre 1875 sind ihnen ohne angemessene Gegenleistung Ländereien im Umfang von 8 Millionen Acres fortgenommen worden, deren Wert sie auf 219 635 149 Dollar beziffern; diese Summe ist seither durch Zinszuwachs auf rund 700 Millionen Dollar gestiegen. Sie verlangen ferner, daß die Vereinigten Staaten ihren Verpflichtungen aus dem Vertrag von 1868 nachkommen, durch welchen ihnen eine Entschädigungssumme in Höhe von 50 Millionen Dollar zugewilligt worden sei, die ihnen bis heute nur zu einem geringen Teile ausbezahlt worden ist. Die Ausfichten auf einen Erfolg dieser Klage werden recht pessimistisch beurteilt. Wenn ihr stattgegeben würde, so könnte das wohl einen Präzedenzfall ergeben, den die amerikanische Regierung mit allen Mitteln zu vermeiden trachten wird; denn falls diese Klage durchginge, so ist nicht abzusehen, wieviel weitere Klagen das nach sich ziehen würde, die durchaus hinreichend wären, die Vereinigten Staaten bankrott zu machen.

Generalkonsuldirektor Klempner teilt mit, daß die Verhandlungen, die die Berliner Staatsoper zurzeit mit ihm führt, noch nicht zu einer Uebereinkunft gelangt sind. Ob eine Einigung zustande kommt, steht noch dahin, da Klempner nur unter der Zusage eines weitgehender familiärer Kompetenzen seinen Kölner Wirkungsbereich mit dem Berliner austauschen würde.

Moris Ehrlich, der langjährige Dramaturg des Deutschen, später des Vestingtheaters, ist im 82. Lebensjahre gestorben. Die Beerdigung findet Dienstag, den 12. nachm. 2½ Uhr, im Wilmersdorfer Krematorium statt.

Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht veranstaltet vom 18. bis 30. Juni zwei Berliner Studienwochen über das Gelandebiet von „Pädagogik und Biologie“ und das der „Deutschkunde“ (deutsche Sprache, Literatur, Kunst usw.), mit Führungen durch den Ortsumbau, nach Potsdam zum Rädersee westlich von 9-6 Uhr (Sonnabends bis 2 Uhr), in der Geschäftsstelle des Zentralinstituts (Kurfirst 9918/19), Voltdamer Straße 190.

Der Deutsche Radio-Club hält seine nächste Sitzung, die von Experimentationsvorführungen begleitet wird, am 13. abends 6 Uhr, im Großen Auditorium des physikalischen Institutes der Technischen Hochschule, Charlottenburg (Hauptingang) ab.

Das große Geschenk eines kleinen Kindes.

Skizze von Marie Harder.

In unserem Garten stand ein großes Beet mit Grünkohlpflanzen, die wir nicht zur Hälfte einmal für uns verwenden konnten. Aber der Gemüsegarten unserer Strafanstalt brauchte noch welche. Mein Vater hatte das irgendwie erfahren und dafür gesorgt, daß die Pflanzen dorthin abgeholt wurden.

So fanden eines Vormittags sechs Strafgefangene in unserm Garten und zogen blühend vorzüglich die kleinen Pflanzen aus der Erde. Ich war damals 16 Jahre alt und hielt mich zurück, trotzdem ich gern mal näher in die Gesichter dieser Männer geschaut hätte, wie es meine zweijährige Schwester tat, die noch nichts wußte von den Einrichtungen dieser Welt und sich unbefangen mit den pflanzenauszupfenden Männern unterhielt. Sie ging, die kleinen Hände auf dem Rücken, wie das so ihre Art war, von einem zum andern und fragte mehr, als die Gefangenen antworten konnten. Die aber hatten sichtlich ihre Freude an dem Gespöcher und gaben halblaut ihre Antworten, manchmal ein wenig lachend, wie ich aus dem Hintergrund beobachten konnte.

Nur einer der Männer schien ganz unbeteiligt zu sein. Er richtete sich indes einige Male hoch, schaute wie geistesabwesend die Kleine an, murmelte scheinbar etwas vor sich hin und arbeitete dann weiter. Hart waren seine Züge nicht, aber tief vergrämt, wie ich durch die Flederstrümpfe meines Verstecks sehen konnte. Und jung war er auch nicht mehr. Gerade ihn mußte ich immer wieder anschauen, hatte unbewußt ein tiefes Mitleid mit seinem Gesicht und hätte ihn zu gern mal mit ins Haus genommen, ihm zu essen gegeben und noch mehr, wie das Kindern eigen ist. Aber der Aufseher mit dem steinernen Gesicht und dem geladenen Gewehr hielt mich von meinem Vorhaben ab, während die Kleine noch immer viel zu erzählen hatte.

Inzwischen kam unser Vater und begann sich mit dem Aufseher zu unterhalten. Intensiv blickte mein Blick an dem einen Gefangenen, bei dem die Kleine gerade stand und fragte: Was wohl? Denn der Mensch ließ plötzlich die Pflanzen fallen und nahm das kleine Radel in die Arme, es sekundenlang an sich haltend. Wie ein Hungeriger kam er mir vor. Dabei waren seine Bewegungen schau und doch kraftvoll. Dann setzte er das Kind schnell nieder und arbeitete weiter. Alle Gefangenen hatten aufgehört wie nach einem Wunder und arbeiteten nun auch weiter, während die Kleine stand und den Mann anschaute, der sie im Arm gehalten hatte. Es mochte sie gewundert haben, und sie begann dann ein neues Gespräch mit ihm.

Wenn ich auch zu jung war, um richtig begreifen zu können, was vor sich ging, so hat sich dieses Bild doch unauslöschlich mir eingepreßt, ein Zeichen, wie sehr es Eindruck auf mich machte. Und von diesem Gefangenen hatte der Aufseher meinem Vater erzählt, er hätte sein neugeborenes Kind umgebracht. Zwölf Kinder hätte er zu ernähren und konnte das kaum noch. Bei der Geburt des dreizehnten Kindes packte ihn die Verzweiflung und brachte ihn als Kindesmörder ins Zuchthaus.

Welche Empfindungen mögen ihn durchströmt haben, als die Kleine im Garten neben ihm plopperte und er sie schnell einmal in die Arme nahm? Seiner inneren Zerrissenheit wird es wohlgetan haben. Und dann — nach Jahren — einmal wieder ein unschuldiges Geschöpf wie dieses Kind in den Armen halten zu können, ein wie großes, wenn auch schmerzliches Geschenk mag ihm das gewesen sein! Ein Geschenk, von dem er lange zehrte.

Das kleine Mädchen aber ist nicht klein geblieben, weiß genau, was es mit dem Zuchthaus in unserer Heimatstadt auf sich hat, kann aber ihr Leben nicht so weit zurückschauen, um zu wissen, daß sie einem dieser braungefärbten Männer einmal ein großes Geschenk machte. Aber wenn ich es ihr erzähle, freut sie sich.

Die Redaktion des „New Leader“ sendet uns folgende Zellen: „Werter Genosse! Wir danken Ihnen für Ihren freundlichen Brief vom 5. d. M. und freuen uns über die lange Liste derjenigen, die den „New Leader“ erhalten möchten. Die Zahl hat uns einen Augenblick ein wenig erschreckt, aber nur, weil wir vielleicht nicht alle sofort werden befriedigen können. Es ist uns eine echte Freude, daß so viele sich für unsere englische Bewegung interessieren, und wir hoffen mit der Zeit alle mit „New Leaders“ versehen zu können.“

Pierre Loti, mit bürgerlichem Namen Julien Bland, der berühmte französische Schriftsteller, ist gestern, 73 Jahre alt, nach kurzer Krankheit in Hendaye gestorben. Er gehörte viele Jahre hindurch der Marine an. Im Jahre 1900 befand er sich bei der französischen Flotte, die gelegentlich des Boxeraufstandes nach China entsandt worden war. Während des Weltkrieges war er dem Generalkommando der französischen Armee zugeteilt. Er zeichnete sich durch besondere Tüchtereigenschaften aus und machte nach kurz vor seinem Tode stärkste Propaganda für freundschaftliche Beziehungen Frankreichs zur Türkei. In Konstantinopel ist eine Straße nach ihm benannt. Von seinen Büchern sind die bekanntesten „Mein Bruder Poes“, „Istanbul“, „Der Roman eines Spahi“, „Die Wüste“, „Jerusalem“, „Chrananthe“, „Im vorderen Orient veröffentlichte Loti nach dem Roman eines armen jungen Offiziers in der Pariser Zeitschrift „L'Illustration“.

Vorbereitungen zu Amundsens Nordpolflug. Die deutsche Amundsen-Hilfsexpedition hat den Hamburger Hafen mit dem norwegischen Dampfer „Merkur“ verlassen. An Bord befinden sich zwei erfahrene Piloten, Neumann und Löwe, die mit einem eigens hierfür gebauten Junkersflugzeug Amundsen aufsuchen und ihm Hilfe bringen sollen, falls er nicht innerhalb der in Aussicht genommenen Zeit auf seinem Fluge von der amerikanischen Arktis über den Nordpol in Spitzbergen eintrifft. Als meteorologischer Beobachter nimmt Professor Wegener an der Hilfsexpedition teil. Das Hilfsflugzeug ist von Vassau auf dem Luftwege in Hamburg eingetroffen. Amundsen wird seinen Nordpolflug voraussichtlich am 20. Juni antreten.

Aus der Advoentsby auf Spitzbergen erfährt das norwegische Telegrammbureau: Der Kohlendampfer „Hinf“ mit der Unterstützungsexpedition für Amundsens Nordpolflug und das Marineflugzeug „Form“ sind hier eingetroffen.

Die Landtagswahlen in Oldenburg.

Die alte Koalition regierungsfähig.

Oldenburg, 10. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die am Sonntag in Oldenburg abgehaltenen Landtagswahlen brachten der Deutschen Volkspartei nicht den erhofften Erfolg. Die Wahlen verliefen ruhig, die Beteiligung war verhältnismäßig stärker als bei den letzten Wahlen. Gewonnen haben in der Hauptsache die Extreme von rechts und von links, also die Parteien, die sich im heutigen Staate jedes Maß der Verantwortungslosigkeit erlauben dürfen.

Der Gewinn der Kommunisten erfolgte auf Kosten der früheren Unabhängigen, so daß die Vereinigte Sozialdemokratie im Landtage wahrscheinlich 2 Sitze weniger erhalten wird als bisher. Sie erhielt nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis 44 000 Stimmen, während die alte Partei bei den letzten Landtagswahlen 31 731 Stimmen hatte und die unabhängige Partei 20 692 Wähler fand.

Die Kommunisten gewannen im Verhältnis zur vergangenen Abstimmung ungefähr 8000 neue Wähler, sie erhielten gegen bisher 2673 Stimmen nach der vorläufigen Zählung 11 000.

Die Demokraten liegen in ihrer Stimmenzahl in Anbetracht der verhältnismäßig stärkeren Wahlbeteiligung von 27 160 auf 33 000 bei den neuen Wahlen.

Das Zentrum verlor, es erhielt statt bisher rund 40 000 nur rund 38 000, während die Volkspartei als Erfolg ihres Kampfes lediglich die Zunahme 1 Sitzes im Landtage wiederholen dürfen. Sie ergatterte trotz der schlimmsten Wahlmasse und der verhältnismäßig stärkeren Wahlbeteiligung nur 4000 Stimmen mehr als bei der letzten Wahl, also 44 000.

Günstig abgesehen haben im Vergleich mit dem letzten Wahlergebnis die Deutschnationalen. Sie liegen in Anbetracht ihrer verlogenen und aufsehenden Agitation von 2773 auf 13 000, wobei zu berücksichtigen ist, daß sie einen Teil der Stimmen des Landtages erhalten haben, der bei der diesjährigen Wahl nicht wieder aufgetreten ist.

Jedenfalls haben die Rechtsparteien den erhofften Erfolg, die alte Koalition zu zerstören, nicht im geringsten gehabt. Auch jetzt noch, und zwar in derselben Stärke wie bisher, sind Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten regierungsfähig. Es ist zu erwarten, daß die alte Koalition jetzt das Beamtenministerium ablöst und die Volkspartei, die glaubt, bei dieser Wahl das große Geschäft machen zu können, nach wie vor ausgeschaltet wird.

Zu erwähnen ist noch, daß die Ledebour-Partei in ganz Oldenburg 2300 Stimmen ergatterte.

Wahlniederlage des Bloc national.

Paris, 11. Juni. (Eig.) Bei zwei Nachwahlen zum Senat wurden die „Sozialistisch-Radikalen“ früherer Kriegsminister Messimy und Foulquier gewählt. Bei einer Nachwahl zur Kammer im Departement Seine interieur wurden der sozialistisch-radikale Bürgermeister von Havre, Leo Mayer, und der linksrepublikanische René Coty gewählt. Durch die Wahl Meyers erleidet der Bloc national einen Verlust.

Die Wahl des Bürgermeisters von Le Havre Meyer ist eine ganz besonders schwere Niederlage des Nationalen Blocs, einmal angesichts der Person des Gewählten, aber auch wegen der Vorgeschichte dieser Wahl. Meyer ist nämlich ein sehr weit links stehender Radikaler, der seit mehr als einem Jahrzehnt auch unter den sozialistischen Arbeitern der Hafenstadt sehr populär ist. So hatte er, zusammen mit seinem Freunde, dem bekannten, jetzt verstorbenen Abgeordneten Paul Meunier, einen aufsehenerregenden Feldzug für die Freilassung des Gewerkschaftsführers Durand geführt, der anfänglich eines Hafnarbeiterstreiks zu einer langjährigen Zuchthausstrafe verurteilt worden war, weil er als Arbeiterführer für vorgetommene Gewalttätigkeiten angeblich verantwortlich sei. Meyer und Meunier gründeten ein Komitee für die Revision dieses Klassenurteils; doch verfiel inzwischen Durand infolge der Aufregungen dem Wahnsinn und starb. Ebenso stellte sich Meyer in der schlimmsten Zeit der Kriegs- und Steuergespinnst auf die Spitze eines Komitees für die Freilassung seines Freundes Meunier, als dieser wegen angeblichen Hochverrats von der Regierung Clemenceau verhaftet und verfolgt wurde.

So hatte sich Meyer aus den verschiedensten Gründen die Feindschaft der Reaktion und der Regierung zugezogen. Um so bemerkenswerter war es aber, daß bei der Nachwahl zum Parlament in dem dortigen Wahlkreis zunächst überhaupt nur zwei Kandidaten des Nationalen Blocs aufgestellt wurden, daß aber der seltene Fall eintrat, daß sie, obwohl sie keine Gegenkandidaten hatten, im ersten Wahlgang nicht gewählt wurden, weil nicht einmal ein Drittel der eingeschriebenen Wähler für sie stimmte, dagegen Zehntausende von weißen Zetteln als demonstrativer Protest gegen den Nationalen Bloc abgegeben wurden. Durch diese Erscheinung ermutigt, wagten es nun die Linksparteien ihrerseits, für die Stichwahl ebenfalls Kandidaten aufzustellen, und so ist nach einem kurzen Feldzug von kaum zehn Tagen der eine, Meyer, mit der höchsten Stimmenzahl gewählt worden.

Dieser Vorgang wird zweifellos starkes Aufsehen in ganz Frankreich erregen, denn noch nie ist die Abkehr des französischen Volkes vom Nationalen Bloc und von der reaktionären inneren Politik der Regierung Poincaré so deutlich in Erscheinung getreten.

Devisenkurse.

	11. Juni		9. Juni	
	Käufer (Gold-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs	Käufer (Gold-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs
1 holländischer Gulden	31620.50	31779.50	33216.50	33383.50
1 argentinische Papier-Peso	23428.50	23571.50	28929.50	29072.50
1 belgischer Franc	4413.50	4498.50	4613.	4697.
1 norwegische Krone	18416.	18484.	18985.	14035.
1 dänische Krone	14368.	14430.	14962.50	15037.50
1 schwedische Krone	21296.50	21403.50	22044.50	22155.50
1 holländische Mark	—	—	2331.	2346.
1 japanischer Yen	30401.	30599.	40348.	40852.
1 italienische Lire	3780.50	3749.50	3870.	3890.
1 Pfund Sterling	371593.	373493.	390022.	391978.
1 Dollar	80543.	80952.	83790.	84210.
1 französischer Franc	5192.	5188.	5348.50	5373.50
1 brasilianischer Milreis	8079.50	8120.50	8178.50	8521.50
1 Schweizer Franc	14463.50	14368.50	14932.50	15037.50
1 spanische Pseteta	12119.50	12180.50	12518.50	12581.50
100 österr. Kronen (abgest.)	—	—	118.83	119.45
1 tschechische Krone	2430.50	2443.50	2518.50	2531.50
1 ungarische Krone	—	—	13.81	13.89
1 bulgarische Lewa	—	—	988.50	994.50
1 jugoslawischer Dinar	—	—	937.50	962.50

Der Hafent Kreuzler.

Der Sonntag war ganz voller Sonne. Am hohen, hellen Himmel segelten ein paar weiße Wolken, und es war ein lustiges Wandern auf allen Wegen. Mit Ruckack und Knotenack, mit Gesang und Lautenklirngang schwärmte es durch die Wälder. Als aber der Abend sich senkte über das Land und alle Straßen und Chaussees leer waren von den Menschen, die sich vollgelogen an der Sonne und die nun noch den Hauch der Wälder und Wiesen in den Haaren hatten, drängte und ballte sich alles auf den Bahnsteigen der Vorortbahnhöfe zusammen, und wenn ein Zug kam, strömte es wie ein Sturzbach, schier nie verendend und endend in die Wagen.

Auf dem Bahnhof Strausberg standen die Menschen wie eine einzige, massige Wand, wie eine Nacht, die mit ungeheurer Wucht festgewurzelt war in der Erde und die nicht wankte und wich. Langsam wurde ein Leertzug in den Bahnhof geschoben, und wie aufgeregerte Gebirgswasser schob es hinein, und nach ein paar Minuten schon konnte in den überfüllten Abteilen niemand eine Hand rühren, als wenn Körper an Körper regungslos geklemmt wäre. Und alles in den Wogen war durcheinander gewirbelt, wie der Zufall sie gerade hineingetrieben, und die Feinen, die die zweite Klasse in der Eise nicht gefunden hatten, kuckten, weil sie irgendwo hineingestoßen waren und nun eingeklemmt standen im dicksten Knäuel. Einer war darunter, dessen Kleidung trankte nur so vor Eleganz, und an der Uhrkette trug er ein Hafentkreuz aus Silber und Email, also war er auch ein Held obendrein. Neben ihm stand seine „Braut“, stolz wie eine Marmorfaule. Sie räumte die Nase und stöhnte: „Wie das hier stinkt!“

Im Nachbarabteil standen ein paar junge Arbeiter und sangen mit geschulten Stimmen die „Internationale“. Der Held mit dem Hafentkreuz aber zischte: „Auch das noch!“ Aber wie Helden nun so sind, zögerte er, weiter aus sich herauszugehen und deutlicher zu werden. Auf dem schließlichen Bahnhof entleerten sich die Wagen, nur in dem Abteil, in dem der Feine mit seiner Braut stand, blieb es stopfgedrückt. Nebenan jedoch, wo die Sänger waren, wurde Platz frei, und einer der Arbeiter bemühte sich nach dem Nebenraum und sagte: „Fräulein! Hier können Sie noch sitzen!“ Und sie war wirklich so gut und setzte sich mitten unter die „Internationale“. Bedachte sich nun der Hafentkreuzträger? Ach nein, er brummte: „Nun wird es aber auch Zeit!“

Vom Ansturm der Millionen.

Der Prozeß Köhn.

Im Keinen Schwurgerichtssaal begann heute vor der Sonderkammer des Landgerichts III unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Siegert der umfangreiche Betrugsprozeß gegen Karl Köhn, dem Begründer des verachteten Köhn-Konzerns, Köhn ist angeklagt wegen Betruges, gewerbsmäßigen Glückspiels und Konkursvergehens. Wegen Beihilfe nehmen auf der Anklagebank Platz der Kaufmann Friedrich Bielas, der Kaufmann Karl Funt und der Modelzeichner Heinz Keufen. Der angeklagte Kaufmann Hermann Bielas ist erkrankt. Die Anklage vertritt Staatsanwaltschaftsrat Dr. Horn. Als Verteidiger fungieren die Rechtsanwälte Dr. Georg Tarnowski, Dr. Pindar, Bohn, Steppa, Th. Ahrends, Dr. Kurzig und die Referendarin Fräulein Dr. Behrendt.

Der Vorlesende läßt den Angeklagten das Lebensbild seiner Entwicklung geben. Köhn schildert wiederholt, daß er seit dem Jahre 1904 in Berlin selbständig gewesen sei. Im Herbst 1920 habe er sich nach dem Verkauf seiner Koffschlächtereizung am dem Sportbureau Friedrichstraße beteiligt. Er habe aber bald gemerkt, daß es sich um eine ganz gemeine Betrügerei handelte. Er habe sich aber gefügt, daß sich daraus doch auch eine vernünftige Sache machen lasse. Die Leute, die Sonntags auf die Rennbahn gehen und regelmäßig ihr Geld verwetten, haben keine Ahnung von den Dingen. Diesen Leuten habe er durch sein Unternehmen helfen wollen. Auf die Frage des Vorlesenden, ob er auch an das berühmte Klantische Staffelsystem gedacht habe, erwidert der Angeklagte, daß er den Bettlern in erster Linie mit seinen Spezialkenntnissen habe helfen wollen, daß er aber auch an das Staffelsystem gedacht habe. Die Einzahlungen sollten beschränkt sein und die Leute sollten auch Beweise wie Verluste tragen, so daß also nicht mehr zur Auszahlung kam, als Gewinne waren. Von diesem gesunden Gedanken sei er durch das Klante-Unternehmen abgelenkt worden. Er habe Klante für einen Künstler und großen Kopf gehalten. Das verhängnisvolle an dem System war die Zügellosigkeit der Einzahlungen. Daran sei er auch gescheitert. Vors.: Warum haben Sie nicht rechtzeitig abgetoppft? Angekl.: Mir sind die Verhältnisse über den Kopf gegangen. Gleich im Juni nach dem ersten großen Einzahlungssturm mit 25 Millionen habe ich den Vertretern gesagt: Bringt mir nicht mehr so viel Geld ins Haus. Vors.: Das war doch nur eine allgemeine Redensart. Angekl.: Mir war es ernst, aber wir konnten uns der Beute nicht mehr erwehren, die ihr Geld anlegen wollten.

Der Diebstahl im Reichspensionsamt.

Aus den Geheimnissen eines Referenten-Papierkorbes.

Einen unerwarteten Verlauf nahm eine Verhandlung gegen den Kanzleidiener Max B. vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte. Der Herr Präsident des Reichspensionsamtes von Jacobi hatte die Erhebung der Klage angeblich wegen Diebstahls veranlaßt. Es stellte sich beim Gericht bald heraus, daß dieser „Diebstahl“ darin bestand, daß B. den weggeworfenen Durchschlag eines Rundschreibens aus einem Papierkorbe aufgenommen hatte. Aus formalen Gründen mußte leider der Kanzleidiener zu einer geringen Geldstrafe verurteilt werden. Mit diesem Durchschlag aber hatte es eine ganz eigene Bewandnis. Er stammte nämlich aus dem Papierkorb des Referenten im Reichspensionsamt Herrn von Hallwedel. Der genannte Herr hatte das Rundschreiben zum Teil in seinen Dienststunden herstellen lassen, es an einen geheimnisvoll im Dunkel verbliebenen „Bund“ gerichtet und es sind darin nach Aussagen Reichsregierung und Verfassung der Republik verächtlich gemacht worden. Aus diesem Grunde glaubte der Kanzleidiener das Recht zu haben, den Durchschlag, der an und für sich weggeworfen war und noch dazu keine amtliche Angelegenheit betraf, an sich nehmen zu dürfen. Das Gericht erkannte in der Handlung des B. ideale Beweggründe durchaus an. Außerst bestreudend muß es deshalb wirken, wenn Herr von Hallwedel, Referent in einem republikanischen Reichsamt, sich berechtigt glaubt, Rundschreiben des oben gekennzeichneten Inhalts zu erlassen und wenn dann Herr von Jacobi merkwürdigerweise den Kanzleidiener B., der doch die Republik nicht betrieblig hat, sondern sie im Gegenteil hat schützen wollen, in den Anklagestand versetzen läßt. Hoffentlich wird die Deffenlichkeit nun auch erfahren, was Herr von Jacobi mit dem netten Herrn von Hallwedel macht.

Im Treppentur erschossen.

Ein bisher noch ungeklärter Vorfall hat sich in der Strecker Straße zugetragen. In der Nacht zum Sonntag wurde dort der 23 Jahre alte Postbote Bruno Jahnke aus der Strecker Straße 62 erschossen. Der Täter, der in demselben Hause wohnende Fabrikant Max Steinberg, wurde zur Aufklärung des nächtlichen Vorganges zunächst festgenommen. Nach der Darstellung des Schützen ist dieser, als er gegen 1 1/2 Uhr mit seiner Frau und seinem Neffen nach Hause kam, in der dunklen Tarnische des Hauses beim Aufsteigen der Türe von drei oder vier Burken überfallen worden. Diese hätten ihn niedergeschlagen und sich, als er sich wieder habe erheben wollen, abermals auf ihn gestürzt. In der Notwehr habe er nunmehr zu seiner Pistole gegriffen und einen Schuß abgegeben. Die Waffe will er aber nicht auf die Angreifer

selbst, sondern mehr in die Luft gerichtet haben. Die Kugel traf jedoch den Postboten und verletzete ihn so schwer, daß er auf der Stelle tot zusammenbrach. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen. — Wegen Totschlages verhaftet wurde gestern der Schneider Abraham Saslowich, der aus Galizien stammt und hier unter dem Namen „der Borer“ bekannt war. Saslowich trat als solcher auf Rummelpätzen wiederholt auf und trieb sich in Berlin wohnungslos umher. In einer Schankwirtschaft in der Auguststraße kam er mit einem Gast in Streit und schlug diesen dabei mit einem Stuhl nieder. Der Verworfene war so schwer verletzt, daß er zusammenbrach und nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte, wo er seinen Verletzungen erlag. Es gelang Saslowich gestern abend festzunehmen, als er vom Lehrter Bahnhof abfahren wollte.

Kleiderausschlüßer und Zopfabschneider.

Eine Anzahl neuer Fälle.

Kleiderausschlüßer und Zopfabschneider sind in Berlin in letzter Zeit wieder an der Arbeit. So wurde in den letzten Tagen einer Dame, die auf einem Straßenbahnwagen der Linie 176 von der Joachimstaler Straße nach Halensee fuhr, in dem starken Gedränge auf dem Vorderpertron aus ihrem Mantel ein großes Stück herausgeschnitten. Ebenso erging es einer Ausländerin auf der Hoch- und Untergrundbahn zwischen dem Rollendampfbahnhof und der Potsdamer Straße mit ihrem Reglamantel, während sie in einem gedrängt vollen Abteil dritter Klasse saß. Eine Kontoristin aus der Wühlstraße, die für ein Geschäft in der Vertrauensstraße auf dem Postamt 19 in der Kommandantenstraße zu tun hatte, wurde dort im Gedränge im Schalterraum ein Stück aus dem Rücken ihrer Strickjacke und des Kleides herausgeschnitten. Im Lunapark wurde einer Dame auf der Terrassenreppe der Rock mit einer Schere eingeschneitten, in einem überfüllten Wagen dritter Klasse eines Wannseesuges einer Dame ein Stück aus dem Oberrock herausgeschnitten. Eine Dame in Spondau merkte, daß auf einem Spaziergang ein großer schlanker Mann in dunklem Anzug und blauer Sportmütze hinter ihr herging. Pflüchlich nahm sie einen Geruch wie von Benzin und Teer wahr. Erst als sie nach Hause kam, sah sie, daß ihr Mantel und ihr Kostüm von oben bis unten bespritzt waren. Eine Verkäuferin, die von der Vertrauensstraße nach ihrer Wohnung in der Jossener Straße ging, wurde der hellgraue Mantel mit schwarzer Tinte bespritzt. Ein Mädchen aus der Glasgower Straße machte für eine Frau aus der Müllerstraße einen Botengang. Pflüchlich wurde es von einem Manne, der aus einem Hause heraustrat, angefochten. In demselben Augenblick führte ihr der Mann einen Hund vor die Füße. Aus Furcht vor dem Tier richtete es seine ganze Aufmerksamkeit auf dieses. Als es nach Hause kam, ergab sich, daß ihm der Mann den Zopf abgeschneitten hatte. Es war ein Mann von etwa 1.65 Meter Größe, der eine Sportmütze mit geradem blankem Schirm trug. In Friedenau wurde einem Mädchen auf dem Wege von der Vorenzstraße nach der Senftstraße der Zopf abgeschneitten. Auch dieses merkte den Verlust erst zu Hause. Das Publikum wird gut tun, selbst zur Steuerung dieses Unwesens beizutragen, indem es im Gedränge auf seine Umgebung achtet. Mitteilungen nimmt Kriminalkommissar Strewe im Zimmer 392 des Polizeipräsidiums, Hausanruf 452, entgegen.

Tagung des Bundes der Kinderreichen.

Der Bund der Kinderreichen Deutschlands hielt am 9. und 10. Juni in Berlin seinen 2. ordentlichen Bundeskongress ab. Im Anschluß an die Tagung fand am Sonntag im früheren Herrenhause eine öffentliche Versammlung statt, die sich einer regen Beteiligung erfreute.

Nachdem der Bundesvorsitzende Nestor Conrad die Vertreter der Reichsregierung und der Behörden begrüßt hatte, sprach Universitätsprofessor Dr. Thomsen (Vorsitzender des Provinzialverbandes Westfalen) über „Die Kinderreichen als Reiter der ausstehenden abendländischen Kulturpöbel“. Seinem Vortrag hatte der Referent 12 Beisätze zugrunde gelegt, in denen u. a. folgendes gesagt wird: „Was hilft es einem Staate, wenn er die ganze Welt gewinnt und nehme doch Schaden an seinem Volke?“ Die Amerikaner haben — so wird weiter ausgeführt — ihren Staat zum mächtigsten der Welt gemacht, werden aber selbst in zwei bis drei Generationen dem letzten Wohlstand gefolgt sein. Die antiken Kulturpöbel sind durch Geburtenrückgang und Vermischung der Rasse sämtlich vom Erdboden verschwunden (außer den Juden und Chinesen), bei den modernen (außer den Chinesen) legt das große Völkerverderben jetzt von neuem ein. In Westeuropa wird sich zunächst das Schicksal des antiken Griechenland wiederholen. Der Staat muß die Kinderreichen bitten, ihn am Leben zu erhalten, nicht auszuliefern. Der Geburtenrückgang wird aus den heutigen Kulturpöbeln kaum wieder herauszubringen sein. Rettung ist aber möglich durch Bildung von „Völkerteimen“, welche, wie einst die Juden und heute noch die Chinesen, den festen Willen haben, nicht auszufterben. Am Schluß seiner Beisätze werden vom Referenten internationale Regelung der europäischen Auswanderung sowie Schaffung eines internationalen Arbeitsmarktes für Arbeitsarmen von Völkern großer Güter vorgeschlagen. In seiner eingehenden Begründung hob der Redner hervor, daß vielen Millionen in Deutschland nur die Wahl bleiben werde, entweder auszuwandern oder zu verhungern. Es werde sich empfehlen, dem Reichstag eine Denkschrift einzureichen, in der hierauf hingewiesen und die Schaffung von Lebensbedingungen verlangt werde. (Beifall.)

Der 2. Vorsitzende des Bezirksverbandes Rön Otten referierte über „Die Bekämpfung des Wohnungsleids der Kinderreichen“. Die vielen Millionen, die schon zur Verhütung und Bekämpfung von Krankheiten ausgegeben wurden, habe man vergeblich geopfert, wenn nicht der Wohnungsnot härter zuleibe gegangen werde. Das Wohnungsnotleid wäre zum sittlichen und moralischen Verfall. Die Kinderreiche Mutter habe unter diesem Leid ihr ganzes Leben hindurch ein Martyrium zu tragen. Die Hoffnung auf Abhilfe durch Genossenschaftsbauten habe sich leider nicht erfüllt. Es schle auch an einer verdienstlichen Berücksichtigung der Kinderreichen bei Vergütung der Wohnungen. (Beifallige Zustimmung.)

Hierauf sprach Rechtsanwalt Stinzing-Berlin über „Möglichkeiten der Wucherbekämpfung“. Der Vorrede habe in seinem Referat zu der Forderung, daß der Niedergang unserer Währung durch künstliche Angstneurose und wucherische Wucherer gemindert werde. Aus wirtschaftlichen Gründen lasse sich die vorliegende Entwertung unserer Mark nicht rückverfolgen. Unberechtigte Rechtsprechung reiche zur erfolgreichen Bekämpfung des heutigen Wuchers leider nicht aus. Mit dieser Rechtspleine müsse abgedroht werden. Den wirklich Schuldigen müsse eine vernünftige Strafe treffen. (Großer Beifall.) Nach den Vorträgen folgte eine rege Diskussion, in der sich die Redner und Rednerinnen den Ausführungen der Referenten angeschlossen.

Die Stadtkorrespondenzversammlung beginnt ihrer Sitzung am Donnerstag (4 1/2 Uhr) die zweite Besung des Haushaltsplanes. Unter den vom Ausschuss durchberatenden Kapiteln des Haushaltsplanes, die auf der Tagesordnung stehen, sind die Jugendpflege, des Wohlfahrtswesens, des Gesundheitswesens, die Erwerbslosenfürsorge, die Werke.

Der Ausbruch des Vesuv dauert noch an; die ganze Nacht über waren starke Erdschütterungen zu vernehmen. Sogar in den von Neapel und dem Vesuv weiter entfernten Orten machten sich die Erdschütterungen bemerkbar. Gestern Abend ein Nachschub der Erschütterungen eingetreten zu sein, und auch der Lavastrom floß weniger stark.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgebung. Etwas kühl, viel Wind, jedoch unbedeutend, mit einzelnen Regenschauern und frischen westlichen bis nordwestlichen Winden.

